

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Ueber folgende Werkstellen wurde die Sperre verhängt: Düsseldorf, Blumberg u. Witte; Erfurt, C. Schröder; Göttingen, J. Wegener; Frankenthal, Kopsmiller; Heidelberg, Maier; Naumburg a. S., Kamstädt; Pforta, W. Schling und C. Rambow; Barel, Aug. Lufs; Stettin, Auskunst auf dem Arbeitsnachweis.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1899.

Zu den Aufgaben der Generalkommission gehört auch die alljährliche Aufnahme einer Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften. In Nr. 33 des „Correspondenzblattes“ wurden nun die Ergebnisse für das Jahr 1899 veröffentlicht, welche in vorzüglicher Weise über die Entwicklung und den inneren Ausbau der Gewerkschaften Auskunft geben.

Die günstige Geschäftskonjunktur der letzten Jahre bot für die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsorganisationen einen guten Boden; die durch das Vorgehen der Organisationen erzielten Vortheile haben in weiten Kreisen das Vertrauen zur Macht der Organisation erweckt und bekräftigt.

Am Schlusse des Jahres 1899 bestanden in Deutschland 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Zentralverbände mit 580 473 Mitgliedern, inkl. 19280 weiblichen. Gegenüber dem Jahr 1898 ist eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern zu verzeichnen. Seit 1894 ist ein ständiges Anwachsen der Mitgliederzahl vorhanden, was wohl durch die anhaltend günstige Konjunktur veranlaßt ist, als auch sicherlich dadurch herbeigeführt wurde, daß die Arbeiterchaft Deutschlands in immer größerem Umfang die Nothwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation anerkennt.

Die Zahl der Mitglieder ist in den einzelnen der 55 Zentralorganisationen äußerst verschieden hoch. An erster Stelle stehen die Metallarbeiter 85013, dann folgen Maurer 74534, Holzarbeiter 62570, Textilarbeiter 37617, Bergarbeiter 33000, Buchdrucker 26344, Zimmerer 23719, Fabrikarbeiter 22592, Tabakarbeiter 18401, Schuhmacher 16922, Schneider 12173, Bauarbeiter 11149, Steinarbeiter 10000, Maler 9540, Former 8817, Handelshilfsarbeiter 8730, Brauer 8681, Porzellanarbeiter 8660, Hafnarbeiter 8587, Buchbinder 7631, Töpfer 5765, Lederarbeiter 5369, Böttcher 4920, Lithographen und Steindrucker 4621, Maschinisten und Heizer 4600, Bildhauer 4098, Glasarbeiter 3350, Bäcker 3596, Tapezierer 3525, Schmiede 3350, Steinfeher 3337, Kupferschmiede 3314, Handschuhmacher 3241, Sattler 2833, Stukkateure 2750, Werstarbeiter 2748, Gemeindebetriebsarbeiter 2574, Hutmacher 2545, Dachdecker 2469, Glaser 2300, Seelente 2222, Schiffszimmerer 1588, Gastwirthsgehilfen 1387, Buchdruckerhilfsarbeiter 1343, Müller 1304, Bergolder 1145, Graveure 1006, Barbieri 875, Zigarrenfortirer 857, Konditoren 661, Handlungsgehilfen 500, Bureauangestellte 344, Formstecher 344, Gärtner 300.

Die Zahl der Berufsangehörigen, welche für die 55 Zentralverbände heranzuziehen ist, beträgt 4 958 845 Personen, worunter 820 348 weibliche. Von diesen sind 580 473 gleich 11,71 pZt. Mitglieder der Organisationen. Den höchsten Prozentsatz der organisirten Berufsangehörigen weisen die Bildhauer mit 68,30; die Buchdrucker mit 64,28 und die Kupferschmiede mit 45,86 pZt. auf. Die Organisationsarbeit in den einzelnen Berufen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, worauf wir schon im vorhergehenden Artikel hindeuteten.

Nach den Berechnungen, welche die Generalkommission nach den Ergebnissen der Berufszählung,

unter Berücksichtigung dieser Faktoren, gemacht hat, besteht die größte Schwierigkeit bezüglich Organisirung bei den Müllern, Schmieden, Schuhmachern, Textilarbeitern und Schneidern. Dann folgen die Gärtner, Zimmerer, Tabakarbeiter und Maurer.

Die günstigsten Verhältnisse weisen nach dieser Richtung hin die Buchdrucker, Lithographen und Stukkateure auf.

Neben den Zentralverbänden bestehen in den verschiedensten Berufen noch Vereine und Verbände gewerkschaftlicher Natur. So waren in Lokalvereinen 15946, in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 86777, in den christlichen Gewerkschaften 112160 und in sonstigen Vereinen 68994 Mitglieder vorhanden gewesen, welche für den gewerkschaftlichen Kampf neben den Gewerkschaftsverbänden wenig in Betracht kommen.

Der Fortschritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung beruht auf der Stärkung der gewerkschaftlichen Zentralverbände, weil diese einzig und allein mit aller Energie bestrebt sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu führen. Sie sind nicht nur doppelt so stark als alle anderen Organisationsgruppen zusammen, sondern sie sind durch fortwährende Verbesserung ihrer Einrichtungen und Stärkung ihrer Finanzen geeignet, die Mitglieder an der Organisation zu halten und den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Selbstverständlich ist auch hier noch Vieles zu bessern, besonders der Heranziehung der Arbeiterinnen zu den Organisationen muß größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da in vielen Gewerben ohne Antheilnahme derselben ein Lohnkampf kaum noch geführt werden kann.

Offenlich hält die Zunahme der weiblichen Mitglieder (von 1898 auf 99 5794) ebenso an, wie die Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Allgemeinen.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind aber nicht bloß durch eine Vermehrung der Mitglieder gestärkt worden, sondern diese haben sich auch durch Erhöhung der Beiträge, Ausbannung des Unterstützungswezens, überhaupt durch gesteigerte Leistungen auf breiterer Grundlage als früher entwickelt. Wurde auch noch so sehr über das Unterstützungswezen hergezogen, die schlimmen Prophezeiungen haben sich nicht bewahrheitet; dagegen kann nicht bestritten werden, daß die Einführung des Unterstützungswezens und die größere Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ihrem Aufblühen förderlich gewesen sind. Trotzdem sind sie im vollen Maße Kampfsorganisationen geblieben. Die Einnahme der 55 Gewerkschaften belief sich im Jahre 1899 auf 7 687 154 Mk. und die Ausgabe auf 6 450 876 Mk. Im Jahre 1891 betrug die Gesamteinnahme der Gewerkschaften 1 116 588 Mk.; sie ist seitdem von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren mächtig emporgestiegen.

Die Beitragshöhe und demgemäß die pro Kopf entfallende Jahreseinnahme in den einzelnen Gewerkschaften weist eine ungeheure Verschiedenheit auf und ergiebt für manche Gewerkschaften die dringende Nothwendigkeit, die Beitragsleistung zu erhöhen.

Es vereinnahmten pro Kopf der Mitglieder und Jahr: Buchdrucker 59,89; Hutmacher 32,74; Bildhauer 25,17; Zigarrenfortirer 22,74; Gastwirthsgehilfen 19,03; Handschuhmacher 18,99; Steinarbeiter 18,69; Kupferschmiede 17,97; Former 17,77; Porzellanarbeiter 17,77; Lithographen und Steindrucker 17,45; Glaser 17,39; Handlungsgehilfen 16,39; Brauer 15,87; Zimmerer 15,75; Graveure 15,20; Buchbinder 14,30; Maurer 14,24; Maler 13,41; Töpfer 13,14; Lederarbeiter 12,90; Bäcker 12,64; Seelente 12,01; Steinfeher 11,21; Tabakarbeiter 10,94; Glasarbeiter 10,57; Metallarbeiter 10,55;

Bergolder 10,39; Holzarbeiter 10,28; Schmiede 10,26; Formstecher 10,25; Müller 10; Lagerhatter 9,82; Konditoren 9,22; Böttcher 8,89; Handelshilfsarbeiter 8,83; Sattler 8,36; Schneider 8,31; Schiffszimmerer 7,95; Textilarbeiter 7,86; Fabrikarbeiter 7,55; Schuhmacher 7,43; Gemeindebetriebsarb. 7,38; Hafnarb. 7,28; Werstarb. 6,70; Bureauangestellte 6,36; Stukkateure 6,18; Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 5,56; Tapezierer 5,28; Barbieri 2,17.

Der Widerstand, der früher gegen die Erhöhung der Beiträge zu bemerken war, ist erfreulicher Weise fast ganz verschwunden und sind in fast allen Gewerkschaften die Beiträge erhöht. Hatten im Jahre 1899 nur noch 11 pZt. der Gewerkschaften einen Beitrag von unter 15 Pfg. und nur 27 pZt. einen solchen von unter 20 Pfg. pro Woche, so stellte sich im Jahre 1891 der Prozentsatz noch auf 39 resp. 80 pZt. Sollen die Gewerkschaften ihre vielseitigen Ausgaben strikte erfüllen, so ist es selbstverständlich, daß die Mitglieder für die nöthige Munition sorgen. An folgenden Ausgaben ist das segensreiche Wirken der Gewerkschaften zu erkennen:

Im Jahre 1899 verausgabten für

Berufsorgan	55 Organis. Mk.	603 559
Agitation	55	201 020
Streiks im Beruf	41	1 983 140
Streiks in anderen Berufen	51	138 778
Rechtsschutz	44	54 752
Gemäßregelt-Unterstützung	29	55 435
Reise-Unterstützung	35	304 391
Arbeitslosen-Unterstützung	20	304 677
Kranken-Unterstützung	15	652 825
Invaliden-Unterstützung	4	91 524
Sonstige Unterstützung	32	131 484
Stellenvermittlung	6	2 958
Bibliotheken	10	4 390
Sonstige Zwecke	45	147 488
Konferenzen u. Generalvers.	46	102 187
Beitrag a. d. Generalkommission	51	56 029
Projektkosten	13	3 245
Gehälter	51	152 419
Bewaltungsmaterial	52	182 559

Daraus ist klar zu ersehen, daß den Gewerkschaften neben der Führung des Lohnkampfes noch die Erfüllung von Aufgaben zufällt, wie sie keine andere Institution erfüllt und erfüllen kann.

In der diesjährigen Statistik ist nun auch eine Zusammenstellung über die Zahl der in den Gewerkschaftsvorständen angestellten Beamten gemacht worden. Aus derselben ergiebt sich, wie Genosse Legien mittheilt, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zu der zu bewältigenden Arbeit sehr gering und die Besoldung nichts weniger als glänzend ist. Den staatlichen und kommunalen Beamten, welche ähnliche Verwaltungsarbeiten wie die Beamten der Gewerkschaften zu machen haben, werden ganz andere Gehälter geboten. Zweifellos aber ist, daß die Letzteren durch ihre Thätigkeit für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse viel mehr für den Fortschritt der Kultur leisten, als alle Diejenigen, die sich als Träger der Kultur bezeichnen und, ausgerüstet mit Orden und Ehrenzeichen, bei Fest- und Gelegenheitsessen nicht genug ihre und ihrer Klassengenossen Leistungen für die Uebertragung deutscher Kultur — ins Ausland zu loben wissen.

Die Gewerkschaften selbst erweisen sich als im Dienste der Kultur wirkende Institutionen und müssen Alle, welche den Fortschritt wünschen, über die günstige Entwicklung, welche die Organisationen aufweisen, erfreut sein. An der Arbeiterklasse wird es liegen, ihre selbstgeschaffenen Institutionen für weitere Kämpfe zu stärken und zu rüsten. Es muß alles daran gesetzt werden, die noch fernstehenden Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranzuziehen, um dem vaterlandslosen Proletenhum eine achtunggebietende Macht entgegenzustellen und dem Schindlerspielen mit der Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten.

Kollegen, sammelt allerorts Beiträge zum Streikfonds!

Aus unserem Berufe.

Braunschweig. Eine gut besuchte kombinierte Mitglieder-Versammlung beider Filialen tagte am 1. September im „Gewerkschaftshaus“. Es wurden die in zwei vorhergegangenen Versammlungen beschlossenen Anträge und Statutenänderungen nochmals durchberathen und zur Abstimmung gebracht. Aus den Anträgen ist besonders hervorzuheben, daß der Antrag gestellt wurde, die Beiträge zu verschmelzen und zwar im Sommer 30 Pfg. und im Winter 20 Pfg. zu zahlen. Die Kollegen sind der Ansicht, daß dies besser sei als das doppelte Marktenwesen. Von der Einfindung der Anträge ist bis nach Tagung des Provinzialtages Abstand zu nehmen, um durch gemeinsame Anträge die Sache zu vereinfachen. Als Delegierter zum Provinzialtage wurde Kollege Ustermeier fast einstimmig gewählt. Nachdem der Vorsitzende auf das Wahlfreiglement für die Generalversammlung aufmerksam gemacht und vor Allem an die Zahlung der Beiträge erinnert hatte, wurde die Wahl zur Generalversammlung in einer kombinierten Versammlung auf den 29. September festgesetzt.

Hamburg. Oeffentliche Versammlung am 3. Sept. im Tütges Etablissement. Tagesordnung: Berathung und endgiltige Beschlußfassung über den uns seitens der Innung zugestellten neuen Lohnarif.

Der Altgehilfe schildert den Lauf der Verhandlungen zwischen Innung und Gehilfenausschuß, erwähnend, daß derselbe sich in ruhiger, sachlicher Weise vollzogen hätte, trotzdem die Anhänger der freien Innung störend wirkten. Der Referent erfuhr die Anwesenden, die getroffenen Vereinbarungen (siehe Vereins-Anzeiger 39) zu akzeptieren. Hieran knüpfte sich eine umfangreiche Debatte; es wurde unter Anderem ausgeführt, daß wir schon 1890, also vor 10 Jahren, einen Mindestlohn von 56 Pfg. per Stunde zurückgewiesen hätten, man könne uns also nicht zumuthen, heute diesem Anerbieten zuzustimmen, 60 Pfg. per Stunde müsse unbedingt gefordert werden. Auch sei der Aufschlag für Fassadenarbeit einheitlich mit 10 Pfg. zu vergüten. Ferner sei es nicht richtig, wenn man jedem Meister die Arbeitszeit, mit oder ohne Besper selbst regeln ließe. Auch war ein Theil der Redner der Meinung, daß die Gültigkeitsdauer der neuen Vereinbarungen, vom 1. Januar 1901 bis ultimo Dezember 1902, also 2 Jahre, zu weit ausgedehnt sei, man dürfe sich höchstens auf 1 Jahr binden usw.

In seinem Schlusswort warnt der Referent vor übereilten Beschlüssen; nehme man die Vereinbarungen nicht so an, wie sie jetzt von der gesamten Innung bewilligt seien, dann bleibe nur noch ein Weg übrig, dieser führe zu einer Arbeitsniederlegung. Ein Streit sei jedoch, wie die Verhältnisse hier in unserem Gewerbe liegen, als völlig aussichtslos zu betrachten! Selbst die heutige sehr gut besuchte Versammlung bietet keine Gewähr für einen erfolgreichen Sieg. Redner ersucht nochmals, die Bedingungen wie sie getroffen sind, anzunehmen. Es lag eine ganze Serie von Anträgen vor, welche sämmtlich darauf hingingen, die Vereinbarungen wesentlich umzugestalten; dieselben wurden jedoch hinsichtlich, indem der von der Innung zugestellte Tarif die erdrückende Majorität bekam. Nachdem der Vorsitzende aufgefordert zum Beitritt der Organisation, zum besseren Besuch der Mitglieder-Versammlungen, wird die impotente Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Vereinigung geschlossen.

Einbau i. B. Nach längerer Zeit kann konstatiert werden, daß sich wenigstens die organisierten Kollegen einmal wieder vollständig zur Versammlung eingefunden haben. Kollege Schielin legte die Mißlichkeiten auseinander, denen die Filiale durch den beständigen Wechsel der Kollegen ausgesetzt sei und glaubt, daß eine stiefmütterliche Behandlung vorliege. Kollege Emmerl, welcher auf die Nothwendigkeit der Organisation einging, erwähnte die Anwesenden, treu zur Fahne zu halten und ihre Pflicht zu erfüllen, zur Aufbesserung läge kein Grund vor. Mit diesen Ausführungen erklärten sich die Kollegen einverstanden und gedenken auch ferner glückliche Resultate erzielen zu können.

Neugersdorf. Am 2. September referirte Kollege Krüger-Dresben zur allgemeinen Zufriedenheit über neutrale Gewerkschaften. Da sich in nächster Zeit ein Gewerkschaftstaktell bilden wird, wurde der Anschluß an dasselbe befürwortet. Im Allgemeinen ist jetzt die Lage hier zufriedenstellend. Die arbeitenden Kollegen sind alle organisiert. Leider ist zu bemerken, daß versucht wird, den Tarif zu durchbrechen, was aber bis jetzt durch die Einmüthigkeit der Kollegen vereitelt wurde. Auch fernerhin werden die hiesigen Kollegen durch ihre feste Organisation dieses zu verhindern suchen und bestrebt ein, auf diesem Tarif weiterzubauen.

Plaue n. Bis dato haben die Kollegen noch nicht begriffen, daß nur eine feste Organisation das einzige Mittel ist, das zur Verbesserung ihrer Lage führt. Wenn es auch langsam vorwärts geht, so ist die Zahl der organisierten 70 Kollegen gegenüber den 150 indifferenten noch immer verschwindend. Wir gedenken noch in diesem Jahre unsere Organisation auf 100 Mitglieder zu bringen, denn es ist die höchste Zeit, daß alle Kollegen mit uns Schulter an Schulter gegen die Willkür der Unternehmer Front machen. Die Schuster greift in einem Maße um sich, wie sie früher größer sein kann. Es ist vorgekommen, daß beim Malermeister Hofmann ein Anstreicher im Altord 1700 qm Fußböden zweimal geölt hatte und mit 30 Mk. entlohnt wurde. Und so kommen beständig solche Fälle vor. Die Anständigkeit der Meister wird auch aus folgenden Annoncen charakterisirt:

Arbeitsursche
nicht gar zu dumm und faul, aber kräftig und willig, welcher möglichst schon in einem Malergeschäft thätig war, sucht

H. Zenter, Malermeister.
Und dieser Meister gehört noch zu den anständigsten. Doch genug, die Herren können nicht besser für uns arbeiten, als auf diese Art und Weise. Daher richten wir an die Kollegen Plaue n die Mahnung nicht zu säumen und sich mit uns solidarisch zu erklären, angesichts dieser miserablen Zustände. Es giebt für uns nur einen Aus — hinein in den Verband!

Havensbürg. Nachdem es im Frühjahr gelungen war, eine Zahlstelle zu errichten, wurden den Meistern Forderungen unterbreitet, die auch größtentheils anstandslos angenommen wurden. Dieselben lauten: 1) 11stündige Arbeitszeit von 6—6 (früher 6—7). 2) Der Minimallohn (früher unbekannt) beträgt für Maler 35, für Anstreicher 30, für eben ausgeleerte Gehilfen 20, 25 und 30 Pfg. 3) Mit Eintritt der kürzeren Tage keine Wesperrpause. 4) Kündigung gegenständig 8 Tage, vom 15. Oktober bis 1. Februar keine Kündigung. 5) Die Auszahlung geschieht Samstag 5½, bei hohen Festtagen 5½ Uhr. 6) Ueberstunden werden im Sommer mit 10 Pfg. Aufschlag die Stunde bezahlt; Sonntagarbeit ist zu vermeiden, wird aber vorkommen falls mit 20 Pfg. Aufschlag die Stunde vergütet. 7) Bei auswärtigen Arbeiten (ohne Uebernachten) wird folgendes vergütet oder der Weg zur Arbeitszeit gerechnet; bei entfernteren Arbeiten wird ein Minimallohnaufschlag von 1.20 Mk. pro

Tag bewilligt, wo kein Essen verabfolgt wird. Blaumachen ist untersagt. Wenn dieser Tarif auch nicht als Muster dienen kann, so haben wir diese Vortheile doch nur in Folge der Organisation erhalten. Es liegt nun im Interesse der hiesigen Kollegen, für den Ausbau der Organisation und deren Aufschwung Sorge zu tragen, um die Verhältnisse dann zu aller Zufriedenheit zu gestalten.

Wurzen, Sa. Eine gutbesuchte Malerversammlung fand am 8. September hier in „Stadt Wien“ statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, unsere diesjährige Generalversammlung, gab der Vertrauensmann, Kollege Leubert, die Bekanntmachungen des Vorstandes bekannt und erklärte seine Ansicht bezüglich der verschiedenen Fragen, die die Generalversammlung beschäftigen werden. Hierauf nahm Kollege Muder das Wort und wies insbesondere auf das hohe Interesse hin, das die Kollegen im „W.“ durch die Diskussion bekunden. Redner gab ein Resümee der zahlreichen Fragen, die bis jetzt von verschiedenen Seiten angeschnitten wurden und die auf der Generalversammlung voraussichtlich genügend diskutiert und erledigt würden. Die Versammlung beschloß einstimmig, für den 5. sächsl. Wahlkreis einen Kandidaten vorzuschlagen und akzeptirte einstimmig folgende Resolution: „Die heute in Wurzen abgehaltene Malerversammlung schlägt den Kollegen Max Muder, Wurzen, als Kandidat für den 5. sächsl. Wahlkreis vor und empfiehlt allen Kollegen der übrigen Städte des Wahlkreises, einstimmig denselben zu wählen. Die Kollegen geben ihm ungebundenes Mandat und haben die Ueberzeugung, er wird nach bestem Können und reifer Ueberzeugung die Interessen der Organisation auf der Generalversammlung vertreten.“ Hierauf wurden der Kollege Heider als Delegirter in das Gewerkschaftskartell und Kollege Voltmer als Revisor gewählt. Die Versammlung ehrte noch das Andenken unserer beiden verstorbenen Mitkämpfer, Kollegen Otto Schubert, Chemnitz, und Abg. Wilhelm Liebknecht, Berlin, durch Erheben von den Plätzen. Zum Schluß entspann sich noch eine längere Debatte über Gewerkschaftliches und forderte Kollege Leubert alle Kollegen auf, regelmäßig und fleißig Streikmarken anzulegen.

Gingefandt.

Ein durchschlagender Beweis.

Die in der Nr. 34 des „Vereinsanzeigers“ veröffentlichte Abrechnung des Hauptvorstandes über die Einnahmen und Ausgaben unserer Organisation ist nach mehr denn einer Richtung interessant. Zunächst konstatiert auch diese Abrechnung wieder einen erfreulichen Fortschritt in der Mitgliederzahl. 11.229 Mitglieder haben 13 Wochenbeiträge entrichtet. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß neben diesen 11.229 Mitgliedern, die ihren vollen Quartalsbeitrag entrichtet haben, noch einige Tausend Mitglieder vorhanden sind, die mit ihren Beiträgen mehr oder weniger im Rückstand sind, deren Beitragserfüllung aber zu erwarten ist. Einer, dem mehr Zeit zur Verfügung steht als mir, könnte aus dem in dieser Abrechnung enthaltenen Zahlenmaterial in vergleichender Darstellung mit früheren Abrechnungen recht werthvolle, für die fortschreitende Entwicklung unserer Organisation zeugende Einzelheiten herausstellen. Ich will mich hier nur auf einen Punkt beschränken, der für einen von mir in der letzten Nummer unseres Vereinsorgans ventilirten Vorschlag von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

So erfreulich die Thatsache ist, daß 11.229 Mitglieder ihren vollen Quartalsbeitrag entrichtet haben, so bedauerlich ist die weitere Thatsache, daß von diesen 11.229 Mitgliedern nur 4.496 ihren statutarisch vorgeschriebenen Beitrag zum Streikfond bezahlt haben. Die vergleichende Gegenüberstellung dieser Zahlen sagt mehr als die längsten Artikel es zu beschreiben vermöchten, daß nämlich das jetzige System der Erhebung der Beiträge zum Streikfond ein durchaus unhaltbares ist. Laut Abrechnung haben wir auch in diesem Quartal, das oben dreimal unser bestes sein sollte, ein Defizit in Höhe von 7694.61 Mk. zu verzeichnen. Dem Krankenzuschuß kann dieses Defizit nicht zur Last gelegt werden, denn die hierfür ausbezahlte Summe beträgt im Ganzen nur 2997.31 Mk., dagegen hatte die Hauptkasse in diesem Quartal eine ganz exorbitante Summe an Streikunterstützung zu zahlen, nämlich 25.712.32 Mk. Hätten die 11.229 Kollegen, die ihre 13 Wochenbeiträge entrichtet haben — von den andern gar nicht zu reden — auch ihre im Statut vorgeschriebenen Beiträge zum Streikfond, sowie den vom Hauptvorstand festgesetzten Extrabeitrag bezahlt, dann hätten wir nicht nur kein Defizit zu verzeichnen, sondern auch noch einen bedeutenden Ueberschuß gemacht.

Laut Statut hat jeder Kollege in den Monaten April bis inklusive Juli 2 Mk. zum Streikfond zu entrichten. Die 11.229 Kollegen, die volle 13 Wochen ihre Beiträge entrichtet haben — die andern lasse ich immer außer Betracht — hätten demnach $11.229 \times 1.50 \text{ Mk.} = 16.843.50 \text{ Mk.}$ Streikfondsbeitrag bezahlen müssen. In Wirklichkeit wurden bezahlt 4231.14 Mk., also ein Ausfall von 12.612.36 Mk. Dazu kommt, daß die 11.229 Kollegen noch je 1 Mk. Extrabeitrag hätten entrichten müssen. In Wirklichkeit wurden 4496.72 Mk. für Extrastreikmarken erzielt, also wiederum ein Ausfall von 6732.28 Mk. Das macht in Summaummarum 19.344.64 Mk., die für den Streikfond zu wenig bzw. überhaupt nicht bezahlt wurden, obwohl diese Summe nach den Bestimmungen des Statuts hätte bezahlt werden müssen. Wir hätten also, wenn die 11.229 Kollegen ihren sämtlichen in den Pflichten und nicht nur einen Theil derselben nachgelassen wären, nicht nur kein Defizit, sondern einen sehr erheblichen Ueberschuß gemacht. Sollten diese Zahlen wirklich spurlos an den Kollegen vorübergehen oder sind sie nicht ganz dazu angehtan, jene pedantische Rücksichtnahme auf „das und jenes“ endlich rücksichtslos über Bord zu werfen? Mich dünkt, es könnte Niemandem schwer fallen, aus dieser bedauerlichen Thatsache die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen. Freilich, wenn man mit „wenn“ und „aber“ operirt, kommt man nicht vom Fleck. Würden wir an Stelle dieses doppelten Markensystems, das neben dem finanziellen Mißerfolg auch allerhand Unbequemlichkeiten für die Kassirer und die Hauptverwaltung im Gefolge hat, unsere Beitragszahlung vereinheitlichen, d. h. für Sommer und Winter um 5 Pfg. pro Woche den Beitrag erhöhen und diese 5 Pfg. als Streikfond gelten lassen, so ergäbe das bei rund 11.000 Mitgliedern eine Einnahme von 28.000 Mk. für den Streikfond, also ganz bedeutend mehr als bei dem jetzigen System. Ein noch glücklicheres Resultat würde erzielt, wenn man statt den wöchentlichen Beitrag im Sommer und Winter um 5 Pfg. zu erhöhen, für die 30 Sommerwochen den Beitrag um 10 Pfg. erhöhen würde, dagegen den Beitrag von 15 Pfg. für den Winter belette. In diesem Fall würden wir bei rund 11.000 Mitgliedern 33.000 Mk. für den Streikfond erzielen. Die Hauptkassette würde dadurch bezüglich der Ausgaben für Streikwesenlich entlastet; es wäre dann auch leichter,

damit zu rechnen, die Leistungen für Unterstützungszwecke zu erhöhen. Man komme mir nicht mit Ausreden. Unser Statut verlangt unter allen Umständen die Bezahlung der Beiträge zum Streikfond. Wer sie nicht entrichtet, geht des Anspruchs auf die im Statut vorgesehenen Rechte verlustig. Soll die letztere Bestimmung einen Zweck haben — wenn nicht, so gehört sie auch nicht ins Statut — dann muß auch auf pünktliche Einhaltung derselben gedrungen werden. Unsere jetzige Institution hat sich zur Durchführung dieser Bestimmung als nicht zweckdienlich erwiesen, folglich muß eine Aenderung getroffen werden. Wer davor zurückschreckt, stellt die fernere Entwicklung unserer Organisation in Frage. Es giebt also auf der Generalversammlung nur ein „Entweder — oder“. Entweder wir werfen in der bisherigen Weise fort — wie lange das ginge, können sich die Kollegen leicht ausrechnen — oder wir machen mit dem bisherigen System tabula rasa und verpflichten alle unsere Mitglieder, das zu thun, was bisher nur ein Bruchtheil gethan hat. Soll diese Verpflichtung aber nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Praxis durchgeföhrt werden, dann giebt es nur einen Weg, und zwar den der Verschmelzung des regelmäßigen Wochenbeitrages mit dem Streikbeitrag.

Nachtrag. Soeben erhalte ich die neueste Nummer des „Vereinsanzeigers“, in welcher Kollege Tobler seine Stellung bezüglich der Erhebung des Streikbeitrages näher präzisirt. Ich nehme selbstverständlich ohne Weiteres an, daß Kollege Tobler bei der Niederschrift seiner bezüglichlichen Gedanken sich über die Tragweite derselben vollständig klar war. Unsommer muß ich mich aber über seine Stellungnahme wundern. Kollege Tobler spricht von den „Drückebergern“ in einer Weise, als käme die Zahl derselben gegenüber der Zahl der pflichtbewußten Mitglieder gar nicht in Betracht. Aus meiner obigen Berechnung geht aber bis zur Evidenz hervor, daß die „Drückeberger“ an Zahl die pflichtbewußten Mitglieder ganz bedeutend überwiegen. Kollege T. glaubt zwar wie ich und viele anderen Kollegen, daß die Generalversammlung Mittel und Wege schaffen kann, um den pflichtvergessenen Kollegen und Verwaltungen die Ecken und Kanten abzuschleifen. Wie aber das gemacht werden soll, verräth uns Kollege T. nicht. Darin liegt die große Schwäche seiner Ausführungen. Schon jetzt sind die Kollegen statutarisch verpflichtet, den Beitrag zum Streikfond zu entrichten; ja, sie verlieren bei der Nichtentrichtung je d w e d e s Recht an die Organisation. Und trotzdem der jämmerliche, trostlose Zustand mit den „Drückebergern“? Was will die Generalversammlung noch thun, um die Kollegen zur besseren Pflichterfüllung anzuhalten? Gewiß ist die einbezahlte Summe für den Streikbeitrag eine Minderbedeckung für die Organisation. Aber keine so große, wie Kollege T. dies anzunehmen scheint. Nicht darauf kommt es an, ob diese Gelder zum Streik in einem Reservefond angelegt sind oder nicht, sondern darauf, daß möglichst viel Geld zu Zwecken des wirtschaftlichen Kampfes vorhanden ist.

Die bisherige Handhabung der Streikbeitragsleistung ist geradezu ein Privilegium für die „Drückeberger“. Tritt hier keine Aenderung ein, so laufen wir Gefahr, daß diejenigen Kollegen, welche bisher ihren Pflichten voll und ganz nachkamen, in Zukunft sich sagen: „Ja, wenn es auch anders geht, warum sollen wir mehr bezahlen als die andern?“ Diese Kollegen hätten auch gar nicht so unrecht, wenn sie so handeln würden. Gleiche Rechte erfordern gleiche Pflichten. Es geht schlechterdings nicht an, einer Anzahl von Kollegen eine Extravurst zu braten. Kollege Tobler verweist auf den Rückgang nach der Frankfurter Generalversammlung und zieht daraus Schlüsse für die Zukunft.

Das ist aber eine durchaus verkehrte Kalkulation. Erstens hat die Idee der höheren Beitragsleistung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren ganz allgemein Zustimmung gefunden. Zweitens hat man in Frankfurt mit der Beitragserhöhung keine Vernehmung der Rechte an die Organisation eintreten lassen. Drittens hat die Idee der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation seit der Generalversammlung in Frankfurt a. M. in der deutschen Arbeiterschaft viel festere Wurzeln gefaßt und viertens endlich darf man nicht außer Acht lassen, daß mir damals im Innern unserer Organisation, namentlich im Hauptvorstand, mit Verhältnissen zu rechnen hatten, die jetzt glücklicher Weise überwunden sind. Wir wollen absolut keine Einrichtung, die sich bewährt haben soll, eingehen lassen, sondern umgekehrt besser ausbauen. Gerade deshalb, weil ein immerhin beträchtlicher Theil unserer Kollegen ihre Pflicht erfüllen und damit den glänzenden Beweis erbracht haben, was wir leisten können, wenn wir unserer Pflicht bewußt sind, müssen wir versuchen, alle Kollegen zu zwingen, das Gleiche zu thun. Entweder ist der Beitrag, gleichviel welche Beziehung er hat, obligatorisch und dann müssen ihn alle bezahlen oder er ist ein freiwilliger, dann darf man aber die Rechte der Organisation nicht davon abhängig machen. Entweder das Eine oder das Andere, aber niemals Beides zugleich. Dazu hat aber die bisherige Mobus in seiner praktischen Anwendung geföhrt. Ich hoffe, die Generalversammlung geht nicht rückwärts und bleibt auch nicht auf dem bisherigen Standpunkt stehen, sondern sie geht vorwärts. W. R.

Wie immer, wenn es zu Generalversammlungen geht, lassen einzelne Kollegen Vorschläge zur Aenderung der Statuten laut werden, die oftmals der Romik nicht entbehren. Auch heuer, nachdem der Hauptvorstand seinerseits in Nr. 31 des „Vereinsanzeigers“ Aenderungen zum Statut bekannt gegeben, können Vorschläge einzelner Kollegen zur Erörterung, die der Beachtung werth sind. Es sind dies hauptsächlich die Punkte der Vereinfachung der Beitragsleistung durch Verschmelzung der Beiträge mit den Streikfondsmarken. Ohne Zweifel muß zugegeben werden, daß die Vorschläge Nehls und Kolbs in mancher Beziehung das Richtige treffen. Jeder Kollege, der in praktischer Arbeit für die Organisation thätig ist, wird aus Erfahrung wissen, welche Anzahl Drückeberger wir in unseren Reihen haben, die sich weigern, die Streikfondsmarken zu lösen, welche aber, wenn der Beitrag zum Streikfond in den Wochenbeitrag mit eingegriffen ist, keine Einwendungen machen können und auch nicht machen werden. Ich hege die Befürchtungen des Kollegen Tobler in dieser Beziehung nicht, bin vielmehr der Ansicht, daß, ohne die Organisation zu schädigen, der Beitrag für die dreißig Sommerwochen auf 35 Pfg. pro Woche festgesetzt werden kann. Ohne Zweifel ist es richtig, daß unsere Organisation seit ihrem Bestehen im Punkte Beitragsleistung die verschiedensten Experimente durchgemacht hat. Aber wir können wohl auch ohne Ueberhebung sagen, daß diese Zeiten ein für allemal vorüber sind und daß namentlich seit der Mainzer Generalversammlung die Organisation bedeutend geworden ist und auch in ihrem Innern bedeutend stabiler geworden ist. Erfreulich ist es, zu sehen, daß jetzt Kollegen von der Noth-

wendigkeit eines einheitlichen Beitrages überzeugt sind, während sie in Mainz dem von Krüger-Dresden und Marx- und Lüd-Berlin eingebrachten Antrag auf Einführung einer einheitlichen Wochenbeitragsmarke widersprechen. Ob aber die Abänderung in Bezug auf die Gewährung des Krankengeldzuschusses nicht ein gewagtes Experiment ist, möchte ich vorläufig nicht erörtern, das werden die Kollegen, die zur Generalversammlung gehen, zu entscheiden haben, nachdem der Hauptvorstand seine Gründe — und es müssen triftige sein — für die Abänderung bekannt gegeben. Nun noch ein Wort zu den Ausführungen des Kollegen Kolb in Sachen unseres Organs. Zweifellos bietet der „Vereins-Anzeiger“ den vorgeschrittenen Kollegen in den Großstädten nicht das, was sich manche Kollegen wünschen. Aber das liegt nicht an dem Redakteur, das hat seine Ursachen in den heutigen Verhältnissen. Gewiß ist, daß wir viele Artikel aus unserem Organ früher schon und oftmals in „schmachhafterer Sauce“ — um mit Kolb zu reden — schon in unseren Parteiblättern gelesen haben. Das wird aber nur ein kleiner Prozentsatz unter den organisierten Kollegen sein. Dort aber, wo politische Blätter unserer Partei weniger oder garnicht gelesen werden, thut der „Vereins-Anzeiger“ seine Schuldigkeit. Es wäre mir zu wünschen, daß die Kollegen mehr denn bisher unser Organ lesen. Es wäre dann Vieles besser. Ich würde von einer Vergrößerung unter den obwaltenden Verhältnissen absehen, weil dadurch auch nicht das Geringste gebessert würde. Entlasten wir die Redaktion von der Arbeit auf anderen Gebieten, so daß sie sich der Redaktionshätigkeit mehr widmen kann und auch die Konfessionsschriftstellerei wird auch in unserem Blatte verschwinden. — Uebrigens sehen wir — von einigen größeren Tagesblättern unserer Parteipresse abgesehen — trifft der Ausbruch Kolb's auf die gesammten kleinen Parteiblättern zu. Wie gesagt, nach meiner unmaßgeblichen Meinung ist das Erste: Entlastung unserer Verwaltungsbeamten im Allgemeinen und dann wird auch der „Vereins-Anzeiger“ besser werden, so daß selbst in dieser Beziehung Kollegen wie Kolb und Andere mit unserem Organ zufrieden sein werden.

Wenn ich nun noch einen Wunsch hätte in Bezug auf die Generalversammlung, so wäre es der, daß auf derselben die Frage des Bauarbeiter-schutzes behandelt würde. Ueber die Nothwendigkeit desselben wollen wir in einer der nächsten Nummern sprechen. Wenn ich nun noch einige Worte sagen möchte, dann wären, abgesehen von den Gfr.-Problemen, die wohl kein Mensch ernst nimmt, namentlich die Surrogate der Berliner J. N. und B. Berlin Artikel. Das erste Geschrei ist durch die Redaktion zur Genüge abgethan. Dagegen der B. Berlin Artikel in Nr. 33 wirbelt einen solchen Wust von — na sagen wir Worten — zusammen, als wenn es Leipziger Allee wäre. Das Eine kann ich hier ruhig behaupten, der Kollege hat wohl von der Organisation wie auch von der praktischen Agitationsarbeit wenig Erfahrung. Wer rathen will ich noch, daß die Kollegen, die thätig sind, auch höheren Beitragsleistungen nicht unsympathisch gegenüberstehen. Auch diese Frage der Beitragserhöhung wäre, wenn wir im gegenwärtigen Augenblicke auf 50 Pfg. pro Woche gingen, ein — Experiment — und mich will bekümmern, ein sehr gewagtes. Wenn nun auch der Kollege B. Berlin die 50 Pfg. zahlen will oder würde, so macht er allein den Wohl nicht fett. Ich habe herausgefunden, daß einzelne Kollegen, und namentlich in Berlin, das Bedürfnis fühlen, für hohe Beiträge zu plädiren, aber nicht immer ihrer Pflicht im Punkte des Zahlens genügen. Der Vergleich der Bildhauer-Organisation mit unserer scheint mir denn doch etwas verunglückt, darauf einzugehen hieße den Raum dieses Blattes unnothiger Weise benutzen, das können wir in unseren Versammlungen thun. Vielleicht wird der Kollege B. Berlin hierdurch veranlaßt, sich der Verwaltung zur Mitarbeit — allerdings für die praktische Arbeit, nicht schriftstellerische, das überlassen wir unserer Redaktion, die wird den Raum besser ausfüllen — zur Verfügung zu stellen; wir können noch thätige Kollegen gebrauchen und namentlich zur Haus-einstellung.

Nach dem lebhaften Meinungsaustausch der letzten Monate in unserem „B.-M.“ muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Vereinerung wegen mangelnden Interesses keinen Krebsgang gehen kann. Anders steht die Sache, wenn jeder der Vertreter der so verschiedenartigen Ansichten bedingungslose Anerkennung seiner persönlichen Ueberzeugung beansprucht. Ich denke hier an die der kommenden General-Versammlung unterbreitete Materie. Offen gestanden, kann ich mich keinem der Vielen, die sich bis jetzt zu den einzelnen Fragen äußerten, bedingungslos anschließen. Was zunächst die Verschmelzung der Beitrags- und Streikmarke betrifft, bin ich der Ansicht, daß wohl der Vereinfachung wegen eine Sommer- und Wintermarke zu begründen wäre. Wie aber Kollege L. bereits in Nr. 35 erwähnte, Wante die Verschmelzung ein taktischer Fehler sein. Wie man z. B. eine Miße Last gerne trägt, so muß auch bei Behandlung dieser Frage erwogen werden, ob nicht aus taktischen Gründen die Befestigung unterbleibt. Zunächst meine ich, ist es bezüglich der Propaganda für den Verband von weittragender Bedeutung, wenn einem Kollegen gesagt werden muß, der Wochenbeitrag beträgt beispielsweise statt wie bis jetzt 25 Pfg., 35 oder 40 Pfg. Die Ueberzeugung, daß man zur Erlangung verbesserter Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne eine gut gefüllte Kartesklasse nicht auskommt, kann man dem neuen Mitarbeiter bei einigermaßen gutem Willen schon beibringen, wenn er erst mal angefaßt ist. Ich habe also die Ansicht, daß keiner der Vertreter der unterbreiteten Vorschläge seine Meinungen den Theilnehmern der Generalversammlung als Glaubenssätze vorlegen und auch betrachten wird. Niemand wird wohl mit einem fertigen Urtheil in der Tasche die Generalversammlung besuchen, dazu sind die Verhandlungen, um durch Meinungsaustausch zu einem Urtheil gelangen zu können. Ich wende mich nun zu dem so oft angefochtenen Punkte, dem „B.-M.“, um die Kollegen vor Einseitigkeit zu warnen. Das Urtheil, das Kollege R. über die Leitartikel fällt, finde ich unter keinen Umständen gerechtfertigt. Ueber die Art und Weise, wie Kollege R. seinem Herzen Luft macht, will ich mich nicht äußern; die Meinung, daß der Meister sich in der Bescheidenheit zeigt, wird Kollege R. nicht haben. Ich bin in dieser Beziehung der Ansicht, daß der „B.-M.“ die Aufgabe hat, nicht nur das Sprachrohr der Kollegen zu sein, sondern auch dieselben auf allen Gebieten des Wissens in Bezug auf sozialpolitische und gewerkschaftliche Fragen zu informieren und zu belehren. Und das ist geschehen, deshalb halte ich es für eine übertriebene Behauptung, daß man Alles schon besser vorher gelesen haben will. Ich erinnere bloß an die Behandlung der Chinafrage und die Stellung der deutschen Populisten zu derselben, an die Einführung der Streikklausel usw. Ich wünsche dem Kollegen R. von ganzem Herzen, trotzdem er schon so Vieles überwinden hat, die Ueberwindung der Einseitigkeit. Der Vorwurf der Effekthaserei fällt selbstverständlich auf den Schützen zurück. Unter Effekthaserei versteht man, wenn Jemand seine Meinung auf die Wirkung berechnet, die dann auf ihn zurückfällt oder fallen soll und in diesem Spiegel sieht

Kollege R. sein eigenes Bild. Daß ich jetzt auch als urtheils-unfähiger, unverständlicher Mensch überwunden werde, ist selbstverständlich, genirt aber nicht. Sonst bin auch ich der Ansicht, daß der „B.-M.“ noch nicht den Höhepunkt erreicht hat. In der gegenwärtigen Zeit, wo man geistig Prostruirte mit Tausende Mark jährlich honorirt, nur zu dem Zweck, im Auftrage des Unternehmertums die Verurteilung an unseren Arbeitsbrüdern zu vollziehen, da wäre es eine unverständliche Unterlassungsünde, würde nicht jede Gelegenheit benützt werden, das Volk über die wahren Verhältnisse zu informieren. Zu der Besoldungsfrage noch kurz einige Bemerkungen. 1. Ist der Beamte nothwendig? 2. Ist derselbe für den Posten qualifizirt und erfüllt derselbe seine Pflicht? Wer diese beiden Fragen mit Ja beantwortet, muß logischerweise auch für Bezahlung nach Leistung eintreten. Wir verlangen das von unseren Arbeitgebern und in diesem Sinne arbeitet der Beamte doch für uns. M. Eberfeld.

Von unserem langjährigen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Gehrier Herr Redakteur!

In Nr. 35 Ihrer Zeitung beschäftigt sich Herr W. K. in einem Eingebandt mit dem Inhalt des „Vereins-Anzeiger“ und speziell mit den darin enthaltenen Leitartikeln. Es würde mir, als dem von Herrn K. angegriffenen und vernichteten „Leitartikelfabrikanten“, angenehm sein, wenn Sie mir Raum zu einer Erwiderung geben möchten, wofür ich im Voraus meinen Dank ausspreche. Es handelt sich hierbei durchaus nicht um meine Person, denn die wird nicht dadurch berührt, daß Herr K. die Sauce, worin die Leitartikel servirt werden, bedeutend schmählicher wünscht (Die Geschmäcker sind bekanntlich verschieden), sondern es handelt sich um die prinzipielle Frage, welche Kost soll den Lesern einer wöchentlich einmal erscheinenden Zeitung vorgesezt werden? Da ich in dieser Hinsicht langjährige Erfahrungen habe, beweist ich seit vielen Jahren für Gewerkschaftsblätter Leitartikel „fabrizire“, so dürfte es vielleicht von Interesse sein, auch meine Ansicht über diese geistige Kost zu hören, wobei ich bemerke, daß ich die Gewerkschaftsbewegung, wie das mein Beruf mit sich bringt, aufmerksam verfolge. Da bin ich nun der Meinung, daß ein Gewerkschaftsblatt, so viel es der beschränkte Raum und das einmal wöchentliche Erscheinen gestattet, seine Leser über alle Vorgänge des wirthschaftlichen Lebens auf dem Laufenden halten soll. Diesem Zwecke sollen auch die Leitartikel dienen, welche gewissermaßen den Extrakt aus den wirthschaftlichen Erscheinungen ziehen. Daß diese Artikel vorwiegend das Gewerkschaftsleben behandeln sollen, ist klar, doch wäre es ein verhängnisvoller Irrthum, die politischen Strömungen dabei außer Acht zu lassen. Ich verweise in Erläuterung dieser meiner Ansicht auf den Artikel in Nr. 27: „Neue Sölle, neue Lasten“, worin die Frage, inwiefern die Gewerkschaften Politik treiben müssen, ausführlich behandelt worden ist. Daß es den Arbeitern, die nicht nur Verkäufer ihrer Waare Arbeitskraft, sondern auch Käufer von Lebensmitteln sind, nicht gleichgültig sein kann, wie die Bewegung der Lebensmittelpreise verläuft, muß jedem Menschen einleuchten. Deswegen bin ich, der Behauptung des Herrn K. zum Trotz, noch heute der Ansicht, daß solche Artikel, wie z. B.: „Ein lauberes Brüderpaar“, worin das aus das Vertheuern der Lebensmittel gerichtete Treiben der Korn- und Schlotunter geschilbert wird, oder „Junterliche Umarmung“, worin dem unerschämten Agrarierthum der Zeit gelesen wird, in ein Gewerkschaftsblatt gehören. Ebenso nothwendig erschien es mir, in dem Artikel „Ein Blick hinter die Kulissen“ den Lesern das Gebahren der kapitalistischen Presse vor Augen zu führen. Das waren so die politischen Artikel der letzten 8 Monate. Außer diesen Artikeln sind meines Wissens alle diejenigen Fragen behandelt worden, die von aktueller oder prinzipieller Bedeutung waren, so u. a. „Die Befestigung und Erweiterung des Koalitionsrechts“, „Die arbeitslose, die schredliche Zeit“, „Eine Krisis im Baugewerbe“, „Zehn Jahre deutsche Sozialpolitik“, „Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung“, „Der Arbeitgeberparagraf der lex Heinze“, „Der große Aufzug vor dem deutschen Reichstage“, „Das Streikpostenstehen vor dem Reichstage“, „Das Verhältnis der organisierten Arbeiter zu den Streikbrechern“, „Waterlandslos und ehelos“, „Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie“, „Der Kampf um die Streikklausel“ usw. Wie Herr K. bei einer solchen abwechselungsreichen Kost von einer Einseitigkeit reden kann, wie wenn man stets dasselbe Gemüse zum Mittagessmal servirt bekommt, erscheint mir unerklärlich. Ueber vielleicht ist Herr K. eben ein zu verwöhnter Feinschmecker. Sollte dies der Fall sein, was ja kein Fehler ist, so wäre es seine Pflicht gewesen, bei der Redaktion das Einschreiben neuer Gemüse zu beantragen. Ich persönlich wäre Herrn K. sehr dankbar, wenn er diejenige Thematik bezeichnen möchte, die ihn überflüssig erscheinen, resp. behandlungswürdig dünkt. Es ließe sich dann vielleicht ein Menu zusammenstellen, das auch den verwöhntesten Gaumen befriedigte, falls — und dies ist ein Hauptpunkt mit — die Sauce etwas taugte. Nun behagt leider Herrn K. weder das Gemüse noch die Sauce; er hat nämlich die Artikel „meistens schon viel früher und nicht selten in bedeutend schmählicherer Sauce in den politischen Tageszeitungen servirt bekommen.“ Was das „viel früher“ anbetrifft, so ist es klar, daß eine Tageszeitung ihre Leser prompter bedienen kann, als ein noch dazu an Umfang kleineres Wochenblatt; trotzdem giebt es aber auch Leute, die mehr als eine Zeitung lesen und infolgedessen verschiedene Artikel noch viel früher im „Vorwärts“ gelesen haben als z. B. in dem Karlsruher „Volkstfreund“. Es ist dies ja auch ganz erklärlich und kein vernünftiger Mensch zu unterzich darüber. Nun kommen wir zu der „bedeutend schmählicheren Sauce“, worin die politischen Tageszeitungen ihre Artikel serviren, während den Leitartikeln des „Vereins-Anzeigers“ eine „veraltete Art der Aufklärung“ anhaftet und man in ihnen „sehr oft starken Ueber-treibungen, der Effekthaserei, kurzum einem Agitationsion begegnet, den man doch nachgerade überwunden hat.“ Da ist es denn kein Wunder, daß „man“ die Sauce nicht schmählich findet. Ich bin ein viel zu gemüthlicher Mensch, um Herrn K. diese vernichtende Kritik übel zu nehmen, trotzdem ich eigentlich hätte erwarten dürfen, daß „man“ eine derartige Verurtheilung in Versuchung und Wogen wenigstens zu begründen versucht hätte. Es sollte mir leid thun, wenn Herr K. im Rechte wäre und ich verspreche, in Sad und Asche Buße zu thun, wenn er im Stande ist, vor einem kompetenten Forum mir einen einzigen Fall nachzuweisen, auf den seine ungeheuerliche Beschuldigung zutrifft. Zum Glück bin ich hierüber beruhigt, denn — ohne mich zu loben — kann ich behaupten, daß mir ebenso vernünftige Leute wie Herr K. das Gegentheil versichert haben. Uebrigens schreibe ich für mindestens ein Duzend von Gewerkschaftsblättern, deren Redakteure meine Beiträge gern akzeptiren. Es scheinen also nicht alle Leute solche haarfcharfe kritische Ninge zu schwingen,

wie Herr K., was ich auch daraus folgere, daß verschiedene andere Zeitungen meine Artikel mit und ohne Quellenangabe nachbruden; wenn es Herrn K. interessiert, so will ich mittheilen, daß bis jetzt noch jeder Artikel des „Vereins-Anzeigers“ nachgedruckt worden ist. — Es widert mich an, mich selbst zu loben, darum breche ich ab und stelle das Urtheil über die Leitartikel den Lesern anheim. Zugeden will ich allerdings, daß die sog. Serien-Artikel für ein Wochenblatt eigentlich unpraktisch sind, doch läßt sich leider, wegen des beschränkten Raumes, der behandelte Stoff häufig in einem Artikel nicht erschöpfen. Lieber wäre es mir auch, wenn dies sich möglich machen ließe.

Zum Schluß gebe ich dem Herrn W. K. die Versicherung, daß ich gleich ihm dem Grundsatz huldige, „daß nur rückhaltlose Aussprache einer Besserung die Wege ebnet“. Aus diesem Grunde bin ich ihm für seine Kritik dankbar, wenn ich sie als berechtigt auch nicht anzuerkennen vermag. „Der Leitartikelfabrikant“.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Achtung Maler! Wir warnen die Kollegen, in Malmo in Schweden bei dem Malermeister S. Edström, Skasan-Gatan 12, Arbeit anzunehmen. Die Firma ist von den dortigen Kollegen gesperrt. Namentlich wird uns vor einem gewissen Lippold gewarnt, welcher die Arbeiter unter dem Versprechen anwirbt, daß sie in Malmo bei seinem Sohn in Arbeit treten sollen. Besagter Lippold (Sohn) ist bei Edström Polier. Es ist also Ehrenpflicht jedes Kollegen, nach Malmo keine Arbeit anzunehmen.

Zur Streikklausel. Seit Monaten geht von dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine rege Agitation aus, worauf wir des Oestere hingewiesen haben, in den Verträgen mit Behörden und Privaten die sogen. Streikklausel einzuführen. Die Vertragsbestimmung will, daß bei allen Streiks und Ausperrungen, einerlei ob sie von Arbeitern oder Unternehmern ausgehen, die Lieferungszeiten für die angefangenen Bauten um die Dauer des Streiks verlängert werden. Der Unternehmerverband hat sich die erdentlichste Mühe gegeben, bei den Behörden diese Ansprüche durchzusetzen. Im Oktober findet für das Baugewerbe der Verbandsstag für Süddeutschland statt, infolgedessen die Herren sich für verpflichtet halten, schon jetzt ihren „streng vertraulichen“ Bericht über das Ergebnis ihrer Bemühungen zu erstatten. Nach den eingegangenen 37 Antworten sind die Bemühungen vollkommen fehlerlos. Nicht eine Behörde ist bedingungslos auf die Streikklausel eingegangen, soweit aus den eingegangenen Antworten zu ersehen ist. Dieser Misfall wirkt vielleicht etwas erüchtend auf den mit allen brutalen Mitteln arbeitenden Bund und hält die Herren besser im Zaume, sich nochmals den Schnuppen zu holen.

Mit dem Submissionswege beschäftigte sich in Regensburg auf einer Konferenz die bayerische Handwerkskammer mit dem Ergebnis, daß bei Vergabung von Submissionsarbeiten diejenigen Unternehmer auszuschließen seien, welche ihre Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn bezahlen, heimathsberechtigte Arbeiter nicht vorerst beschäftigen, Lehrlingszuchterei treiben oder ihre Arbeiten ganz oder theilweise in Strafanstalten anfertigen lassen.

Der Ausdruck Streikbrecher könnte in den Augen „vernünftiger Menschen“, und nur auf die Auffassung solcher komme es an, nicht als verächtlich erscheinen, folglich sei er nicht beleidigend — entschied in Greiz das Amtsgericht auf die Beleidigungsklage eines „Arbeitswilligen“ und verurtheilte denselben unter Abweisung der Klage in die Kosten.

Der Generalstreik wurde in einer öffentlichen Buchhändlerversammlung in Leipzig infolge der vorgenommenen Ausperrung von 4000 Arbeitern proklamirt.

Ein sehr gesehener und tüchtiger Mann scheint der Malermeister E. Fiedler in Schleiz zu sein. Dieser Herr kam auf den schlauen Gedanken, in zwei bogl. Zeitungen zu annoncziren. Grund dazu schen ihm die Unbarmhertigkeit seiner „Arbeiter“ zu geben und das darf nicht ungeschoren bleiben — also Bekanntmachung: „Den Herren Malermeister-„Arbeitsgebern“ hierdurch zur Kenntniß, daß die Malergehilfen R. Hofmann, Oskar Seiler, R. Glück, sämmtlich in Plauen ansäßig, mir noch zur Arbeitsleistung verpflichtet sind und mache ich die Herren Kollegen auf die §§ 124 b und 125 des Arbeiterschutzgesetzes vom 1. Juni 1891 aufmerksam. Schleiz, 2. September 1900. E. Fiedler, Malermeister.“ Der Zweck dieser Manipulation ist klar und ist von unseren Kollegen auch richtig erfaßt worden. Herr Fiedler wird nun gut thun, sich einmal die angezogenen §§ des Arbeiterschutzgesetzes anzusehen, währenddem das Weitere erfolgen wird.

Eine Urabstimmung innerhalb des Schuhmacher-verbands wird gegenwärtig (vom 15. August bis 15. September) über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen.

Durch Urabstimmung beschloß der Handwerkschuhmacherverband mit 1475 gegen 691 Stimmen die Erhöhung der Beiträge auf 45 Pfg.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag findet am Montag, den 17. September beginnend, in der „Stadthalle“ in Mainz statt.

Der Tabakarbeiterstreik in Finsterwalde ist nach 19 wöchiger Dauer durch Vergleich beendet worden. Mit 200 gegen 23 Stimmen beschloß eine Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit.

Ueber die Geldmittel, die aus „Arbeiter-Groschen“ für die Zwecke der Gewerkschaften aufgebracht werden, führt sich der „Bogtländische Anzeiger“ in seiner Nr. 199 veranlaßt, einen Auszug zu geben. Es heißt da unter Anderem: In Folge dessen hat z. B. ein Maler in dem ersten Jahre zu bezahlen: 80 Pfg. Eintrittsgeld, 25 Pfg. Wochenbeitrag, ferner 12 M. Streikbeitrag im Jahre und 4,80 M. für Verbandsorgan. Was hiermit bezweckt wird, solche Uagen auszuposaunen, ist wohl unseren Kollegen klar, auch die Buchdrucker sollen zu normalen Zeiten jährlich 76,80 M. Beitrag bezahlen. Das „Blättchen“ würde gut thun, seine Nase nicht in Angelegenheiten zu stecken, die es gar nicht angehen und sich für die Zukunft zu bestrengen, der Wahrheit gemäß zu berichten, — wenn es auch für diese Sorte Winkelblättchen oft schwer fällt.

Zur Chronik der Bauunsfälle: Ein schmerz Baunglück hat sich am 4. September, Vormittags gegen 1/2 12 Uhr, in der Königstraße in Frankfurt-Dothenheim ereignet. In einem dortigen Neubau waren zwei Arbeiter im vierten Stock mit dem Aufschlagen eines Gerüsts beschäftigt. Offenbar ist dabei nicht die gehörige Sorgfalt beobachtet oder es ist schlechtes Material verwendet worden, denn plötzlich

brach das Gerüst teilweise zusammen und die Leute stürzten von der Höhe des vierten Stockes in die Tiefe hinab, auf Steine und Holz. Dabei erlitt der Maurer Tiefenbach aus Bodenheim, 26 Jahre alt, einen schweren komplizierten Unterschenkelbruch, einen Bruch des rechten Unterarms und außerdem sehr erhebliche Fleischwunden. Der Zweite, Georg Winkel, von Dreieichenhain, zog sich einen komplizierten Unterschenkelbruch, an demselben Bein einen Oberschenkelbruch und außerdem einen Bruch des linken Armes zu. Die Rettungsanstalt wurde sofort ihren Wagen aus der Feuerwehrestation mit einem Arzt und zwei Helfern an die Unfallstelle ab, wo den Verunglückten Nothverbände angelegt wurden. Dann kamen sie nach dem städtischen Krankenhaus. Beide Verunglückte sind, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, an inneren Verletzungen gestorben.

Gerüst zusammenbruch. An einem Neubau in der Mühlstraße in Frankfurt a. M. brach ein Weisbindergerüst in sich zusammen. Drei darauf beschäftigte Arbeiter stürzten mit herab, doch erlitt nur einer davon, ein 18-jähriger Soudateur, Verletzungen leichter Natur. Auch hier scheint wieder die Baukontrolle keine Befichtigung vorgenommen zu haben.

Für Gewerkschaftskongresse weiß die Volk. Ztg. zu melden: Eine Konferenz sämtlicher christlicher Gewerkschaften Mitteldeutschlands ist zu Sonntag, den 9. September, Vormittags 10 1/2 Uhr, hier in das Karlsbaus, Zellerstraße 29, einberufen. Die katholischen Arbeiter, Gesellen und Männervereine sind dazu eingeladen. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Bildung eines Kartells der christlichen Gewerkschaften Mitteldeutschlands; 2. Agitation des Kartells und die Aufrechterhaltung der Mittel zu derselben.

In Frankfurt a. M. wohnt die Polizei hauptsächlich denjenigen Gewerkschaften ein scharfes Augenmerk, die ihre Festlichkeiten im „Divaigarten“, Brauerei Eßighaus, abhalten. Nicht allein, daß diesen Gewerkschaften das Aufstellen einer Tombola, sowie das Tanzen und Abbrennen von Feuerwerk verboten wird, letztere beiden sollen wegen der Nähe des Friedhofes nicht gestattet sein, erhalten die Veranstalter von den Festlichkeiten auch noch Strafverfügungen. So erhielt der Geschäftsführer der Filiale Frankfurt a. M. ein Strafmandat von 20 M. wegen Veranstaltung einer Tanzlustbarkeit ohne polizeiliche schriftliche Erlaubnis. Gegen diese Strafverfügung ist gerichtliche Entscheidung beantragt.

Zu dem Artikel „Bauarbeiterstreik“ in Nr. 35, wird uns von Berlin mitgeteilt, daß nicht das Polizeipräsidium zu Berlin den Vorständen der Bauarbeiter den Entlassung zur Milderung zugesandt, sondern es wurde auf den Antrag des V. V. hin von den Vorständen unter Bezugnahme auf diesen Entlassung an den Magistrat eine Petition eingereicht, worin die Forderungen unsererseits formuliert und begründet waren.

Erklärung!

Auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom 8. September der Filiale Mannheim unterbreiten wir den Kollegen des Bezirks Baden, Elsaß-Lothringen, Rheinpfalz und Württemberg folgende Erklärung: In dem von der Agitationskommission den Filialen zugesandten Schriftstück, in welchem den fünf Wahlkreisen unseres Bezirks Kandidatenverträge zur Generalversammlung gemacht werden, erblicken wir, trotz der in dem betreffenden Schriftstück in Abrede gestellten Beeinflussungen, eine Art Bevormundung, deren wir nicht bedürfen und deshalb hiergegen protestieren.

Filiale Mannheim.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Die Wahlprotokolle über das Resultat der Delegiertenwahlen müssen spätestens bis zum 4. Oktober in unsern Händen sein, andernfalls dieselben keine Berücksichtigung finden können.

Auf vielseitiges Anfragen theilen wir mit, daß im Laufe nächster Woche die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal an die Bevollmächtigten gesandt werden.

Die Abrechnung ist spätestens bis zum 6. Oktober, wegen der Generalversammlung zu Mainz, an die Hauptkasse einzufenden.

Nachfolgenden Mitgliedern sind Duplikate ausgestellt: Buchn. 1729, H. Hünze; 1747, Fr. Nietsch; 6583, G. Wenker; 6995, G. Mater; 10082, F. Werlig.

Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand.

Aktions.

Vom 5. bis 11. September gingen bei der Hauptkasse ein: Lüneburg M. 1.—, Hamburg I 1200.—, Straßburg 19.20, Berlin I 400.—, Frankfurt a. M. 198.—, Harburg 100.—, Braunschweig II 150.—, Buchn. 8636 4.90, Buchn. 10424 1.—, Lübeck —.60, G. Wenker, Passiver.

Quittung.

Im Monat August gingen bei der Expedition ein: Budapest M. 1.50, Hannover 1.80, Hamburg II 1.50, Altenburg I 1.20, Schaffhausen 6.50, Sonnenberg 2.55, Bärth 6.50, Harburg 1.80, Weiershausen 70.—, Bern 3.—, Karlsruhe 2.30, Bielefeld —.60, Auzig 4.81, St. Gallen 3.—, M. Mart.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingetragen in die Liste Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 2. bis 8. September 1900.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingelangt von Scheid-Hamburg-Barmbeck M. 150, Lamm-Frankfurt a. M. 100, Rosenbaum-Hagen i. W. 100, Plum-Berlin S. W. 300, Raune-Bremen 80, Heil-Bremerhaven 80, Bauer-Schwabisch-Hall 20, Steinmeyer-Braunschweig 400, Grüner-Leipzig 100, Breier-Hamburg 100, Cohns-Berlin W. 600, Schmid-Kiel 500, Städele-Mugsburg 100, Reuter-Cassel 100, Roll-Würzburg 100.

Zuschuß wurde abgefordert für die örtliche Verwaltung in Freiburg in Baden an Haag M. 100.

Frankengelder erhielten Buchn. 8482, A. Schumacher in Altona i. Westfalen M. 45.60; Buchn. 4667, W. Ströber in Duedlinburg 22.80; Buchn. 9276, C. Sahnke in Bargehebe in Pöhlstein 11.40.

J. S. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Bekanntmachung.

Der Kollege Albert Scherf aus Terben bei Barye an der Elbe wird ersucht, seine Adresse nach der Filiale Magdeburg zu senden. Sollte obgenannter Kollege in irgend einer Filiale oder Zahlstelle anwesend sein, so bitte ich die Bevollmächtigten, mich davon in Kenntniß zu setzen. Ernst Kullmer. Magdeburg Neustadt, Sieverthorstr. 8. M. 1.35]

Aufforderung.

Hierdurch fordere ich den Kollegen H. Seeliger auf, seinen Verpflichtungen der Filiale Dortmund gegenüber nachzukommen, widrigenfalls wir andere Schritte einleiten werden. Die Bevollmächtigten resp. Vertrauensleute werden ersucht, auf obiges zu achten. M. 1.05] Ernst Matej, 1. Vorf. d. Filiale Dortmund.

Zu vermieten:

Eine Malerwerkstatt mit Lagerboden, Farbenlager, Oesteller und schöner Wohnung an bester Geschäftslage in Wilhelmshaven.

Einem guten soliden Malermeister würde diese bei der regen Bauthätigkeit hieselbst sehr zu erwünschen sein, da demselben ein leichtes Fortkommen zugesichert wird, auch kann das sich gut rentirende Grundstück bei ganz geringer Anzahlung käuflich erworben werden. Georg Mehrtens, Baugeschäft, Wilhelmshaven

G. Job, Pinselgeschäft, Nürnberg, Zehelgasse 13.

Offertre den Herren Kollegen folgende Musterleistung: Je 1 Satz Greizer, Berliner und Delfstrichzieher, je 1 Satz Rinds- u. Fischhaarmalpinsel, 1 Dachweertreiber, 1 Schläger, 1 Modler je 3 Zoll breit, 1 Satz Stahl- und Lederkämme je 10 Zoll, 1 Blechpalette, zu dem billigen Preise von M. 13.50.

Hamburger Holz- und Marmor-Schule

Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 15.

Anerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Beginn 15. Oktober. Erfolg garantiert. Prospekt gratis. Es erschien im Selbstverlage: 1. Serie: **Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht)** Preis Mk. 20. Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. Vertreter gesucht.

Malerschule

Dekorations-Holz-Marmormalerei.

Prämiert mit Silb. Medaille und 1. Preisen.

Hamburg-Elmsbüttel. Wohnung: Gärtnerstr. 124. Beg. 15. Oktober. Prospekt kostenlos durch Carl Nordmann

Malerschule für Holz- u. Marmor-Imitation

(Studmarmor und Studolustre)

von A. Pritschau, Hammelburg (Bayern).

Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. Beginn des Kurzes v. 1. Novbr. 1900 bis 15. Febr. 1901. Prospekt gratis.



Malerschule Buxtehude.

Älteste und grösste Fachschule, abgekürztes Lehrverfahren. 1900 wieder erste Preise. Dir. Eislerweg.

Filiale Detmold.

Der Arbeitsnachweis der Vereinigung der Maler, Lackierer u. für Detmold und Umgegend befindet sich im Vereinslokale, „Vierhalle zur Börse“, Bruchstr. 3. Derselbe ist geöffnet Wochentags von 12—1 Uhr Mittags und von 8—9 Uhr Abends, Sonntags nur von 12—1 Uhr Mittags. Die Zentralherberge der Gewerkschaften befindet sich im Restaurant Therman, Hornschtr. 11. M. 1.35

Wilh. Liebknecht

Portrait, letzte Aufnahme, prachtvolles Bild, Größe 46:32 Ctm. Preis 50 Pf., zu haben bei Jean Holze, Drehbahn 45, Hamburg.

Wichtig für Maler!

Allergrosste Auswahl v. fertigen Schablonen u. Zeichnungen. Einzig auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.

Moderne Stilrichtung.

Preis 6 M. Schablonen zur Decken- u. Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25 x 33. In Naturalistisch, Renaissance u. englischem Charakter. 12 Tafeln.

Moderne farbige Skizzen

zur Deckenmalerei. Preis 12 M. Größe 47 x 34. In 10 Tafeln Farbendruck. Ganz besonders leicht und einfach gehalten. Herausgegeben von Carl Lange.

Dieselben Werke sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Pausen in natürlicher Größe beigegeben.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.

Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 M.

Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekt der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange,

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen und Entwürfe, Berlin SW., Gieselerstr. 94 a.



MALERSCHULE zu HAMBURG

WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS

ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Filiale Frankfurt a. M.

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 19. September, Abends punkt 6 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Konfordia“, gr. Fischgraben 19.

- Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Würzburg.
 2. Anträge und Stellungnahme zur Generalversammlung in Würzburg.
 3. Vereinsangelegenheiten.

M. 2.70

Der Vorstand. NB. Die Kollegen werden ersucht, das Mitgliedsbuch in die Versammlung mitzubringen. Pünktliches Erscheinen wird erwartet, da die Versammlung präzis eröffnet wird. Der Obige.

Filiale Stettin.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, den 20. September, Abends 8 Uhr, bei Stellmacher (Gewerkschaftshaus), Bismarckstr. 10. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Würzburg. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Berichtedenek. Jedes Mitglied muß erscheinen. Der Vorstand.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42 IV 1.

Filiale Bernburg.

Zu dem am 23. September, Abends 8 Uhr, im „Thüringerhof“ anlässlich des Provinzialtages stattfindenden Kränzchen werden die Kollegen der auswärtigen Filialen hiermit ganz besonders eingeladen. M. 1.20] Der Vorstand.

Damen. Malvorlagen Blumen. Landschaften. Früchte etc. 20 Blatt M. 2.50, 40 Blatt M. 4.50, sortirt, verschieden groß. Heiner Brühl, Hamm i. W., Münsterstr. 42.

P. Steet, Nürnberg,

Obere Wörthstr. 18 versendet Malutenstien, Leitern, ff. Schablonen- und Zeichenpapiere, sowie Malvorlagen u. alle mod. Werke. Nur soweit Vorrath reicht: 20 Bl. c. Kleinblumen, 6 schöne Landschaften, 4 Fruchtstücke, um 10 Mark.

Dritte, veränderte Auflage Scherm's Reisehandbuch f. wandernde Arbeiter (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenbahn- u. 2 Strassenkarten. Geb. Mk. 1.50. Zu bez. durch alle Buchh., Kolp. u. 1 Scherm, Nürnberg.

Selbstunterricht in der Holzmalerei

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbendruck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M. 10 zu beziehen von Aug. Dütemeyer, Maler, München, Corneliusstr. 19 IV r. Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

Gerüst-Bau u. -Leih-Anstalt

von Emil Lyon, Altona, Al. Freiheit Nr. 48. Fernsprecher Nr. 224. Amtlich geschützte Leitergerüste mit durchgehender, völlig ebener Laufbahn. D. R. G.-M. 162832. Patent angemeldet.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbendruck empfiehlt Marius Buchsbaum, Wien I., Rathhausstr. 15.

Nachruf!

Am 12. August starb unser treuer Kollege **Wilhelm Wolf** im Alter von 24 Jahren nach langem Leiden an der Proletarierkrankheit. Sein Andenken hält in Ehren Filiale Frankfurt a. M. M. 1.65]

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mart, Hamburg. Verlag von G. Wenker, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbel, Friedenstr. 4.